heint täglich
ih 6½ Uhr.

ion und Expedition
Johannesgasse 33.
chstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Rücksendung eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

nnahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,600
Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.
Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 306. Sonnabend den 1. November 1884. 78. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 2. November Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,

die Rückzahlung der städtischen Anleihe vom Jahre 1868 betreffend.

Unter Bezugnahme auf unsere, die 4½% städtische Anleihe vom Jahre 1868 betreffende Bekanntmachung vom 11. März 1869 (vgl. Nr. 73 des Leipziger Tageblattes und Nr. 62 der Leipziger Zeitung vom Jahre 1869) kündigen wir hiermit unter Zustimmung der Stadtverordneten und mit Genehmigung der Königlichen Ministerien des Innern und der Finanzen den noch nicht getilgten Betrag dieser Anleihe für **den 31. December 1884.**

Die Rückzahlung erfolgt nach dem Nennwerth der Schuldscheine gegen Rückgabe der letzteren, der dazu gehörigen Zinsleisten und der noch nicht fälligen Zinsscheine bei unserer Stadtcasse (Rathhaus, I. Etage, Nr. 3).

Von demselben Tage ab findet eine weitere Verzinsung des Hauptstammes nicht mehr statt.

Gleichzeitig stellen wir denjenigen Inhabern von Schuldscheinen der vorstehend gekündigten Anleihe vom Jahre 1868, welche dieselben gegen Schuldscheine der neuen städtischen 4% Anleihe von 15 Millionen Mark (vgl. Bekanntmachung vom 15. Mai 1884, Leipziger Zeitung Nr. 116 und Leipziger Nachrichten Nr. 138) umzutauschen wünschen, den entsprechenden Betrag in Appoints der letzteren bis zu **dem 31. December d. J.** al pari zur Verfügung.

Der Umtausch wird ebenfalls bei unserer Stadtcasse bewirkt und kann bereits früher, und zwar vom 1. September d. J. an erfolgen.

In diesem Falle haben die Inhaber der umzutauschenden 1868er Anleihescheine den am 31. December d. J. fälligen Zinscoupon ihrer Scheine zurückzubehalten, dagegen die eingetauschten Scheine der 4% Anleihe von 1884 sammt Zinsleisten und Zinsscheinen, abgesehen des ebenfalls am 31. December d. J. fälligen Coupons in Empfang zu nehmen.

Leipzig, den 14. Juni 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Henschel.

Bekanntmachung,

„die Kirchenvorstandswahl in der Matthäikirche" betreffend.

Nach der Bekanntmachung des Kirchenvorstandes der Matthäikirche vom 1., 12. und 13. October a. cr. scheiden aus dem Kirchenvorstande aus:

die Herren Kaufmann und Consul **Wilhelm Todel**, Kaufmann **Hermann Fritzsche**, Regierungsrath Dr. jur. **Otto Grünler**, Stadtrath und Kaufmann **Moritz Hofmann**, Klempnermeister **C. Adolf Rudolph**, Schlossermeister **Julius Schwartze**, Stadtrath und Maurermeister **Friedrich Ulrich**.

Die Wiederwahl der ausscheidenden Herren ist gesetzlich zulässig.

Die Wahl selbst soll

Montag, den 3. November a. cr., von Morgens 10 bis Nachmittags 5 Uhr

stattfinden.

1) **Stimmberechtigt** sind Diejenigen, deren Namen nach geschehener schriftlicher oder mündlicher Anmeldung und nach stattgehabter Prüfung in die Wählerliste eingetragen sind.

2) Die Wahl ist durch **schriftliche**, aber **persönliche** Abstimmung zu bewirken.

3) Jeder Wahlzettel **hat 7 Namen von mindestens 30 Jahre alten** Gemeindegliedern zu enthalten, deren **Taufe- und Familiennamen, Stand und Beruf** genau zu bezeichnen ist.

Wir fordern hiermit alle stimmberechtigten Glieder der **Matthäikirchenparochie** auf, sich an der stattfindenden Wahl am **Montag, den 3. November a. cr.,** eifrigst zu betheiligen und ihre Wahl auf „Männer von gutem Rufe, bewährtem christlichen Sinne, kirchlicher Einsicht und Erfahrung" zu richten.

Leipzig, am 1. November 1884.

Der Wahlausschuß der Matthäikirche.
D. theol. Ebers.

Erledigt

hat sich unsere Bekanntmachung vom 18. dss. Mts., betr. den Verlust des Dienstbuches der Ida Marie **Perthel** aus Pausa, durch Auffindung desselben.

Leipzig, am 29. October 1884.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. **W.**

Aufgebot.

Der Enregistrements-Revisator **Carl Zeitler** zu Saargemünd hat das Aufgebot des Reichsbankantheilscheines Nr. 38861, laut dessen dieser Reichsbankantheil für den Büreau-Assistent **Carl Zeitler** in Straßburg i/E. in die Stammbücher der Reichsbank eingetragen ist, beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf

den 13. Mai 1885, Mittags 12 Uhr

vor dem unterzeichneten Gerichte, Jüdenstraße 58, eine Treppe, Zimmer 21 anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Berlin, den 5. April 1884.

Königliches Amtsgericht I. Abtheilung 48.

Steckbrief.

Gegen den unten beschriebenen Vorbestraften **Christoph Otto Quengler** aus **Gerbstedt**, zuletzt in **Loeberjün**, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung verhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Gerichts-Gefängniß zu Halle a. S. abzuliefern. (J. 3018/84.)

Halle a. S., den 30. October 1884.

Königliche Staatsanwaltschaft.

Beschreibung. Alter: 20 Jahre; Größe: mittelgroß; Statur: schlank; Haare: blond, hochgekämmt; Augenbrauen: hell; Augen: blau; Gesichtsfarbe: gesund, aber etwas blaß. Kleidung: Dienstuniform, doch spricht die Vermuthung dafür, daß er dieselbe mit Civilkleidung vertauscht haben wird.

Besondere Kennzeichen: fester und sicherer Gang und trägt mit Vorliebe ein Vincenez.

Nichtamtlicher Theil.

Vor den Stichwahlen.

* Man schreibt uns aus Berlin:

Im großen Ganzen läßt sich heute schon ersehen, daß die „Fusion" der Fortschrittler und Secessionisten, daß die „Deutschfreisinnige" Partei bei den Wahlen vom 28. October schmählich Fiasco gemacht hat, und daß sie daher — das wird sogar wunderbarerweise bereits von der Centralleitung eingestanden — bedeutend schwächer als das vorige Mal im Reichstage vertreten sein wird. Ebenso ist es sicher, daß die Nationalliberalen und die Conservativen eine beträchtliche Zahl Sitze gewonnen haben werden; gleichwohl ist es unmöglich, heute schon ein abschließendes Urtheil über die Zusammensetzung des künftigen Reichstags zu geben. Dazu ist eben erforderlich die Berücksichtigung der zahlreichen uns noch bevorstehenden Stichwahlen.

In nicht wenigen Wahlkreisen ist der Ausfall der Stichwahlen von dem Verhalten der Ultramontanen abhängig. Und das ist unberechenbar; zudem darf nicht übersehen werden, daß bereits das vorige Mal trotz aller Vertuschungsversuche eine gewisse Uneinigkeit der Centrumswähler zu Tage getreten ist, und daß wir wohl auch diesmal die Erfahrung machen werden, daß die Disciplin bei den Ultramontanen gegen früher etwas gelockert ist und diese sich nicht durchweg als gehorsam dem Berliner Centralbureau gegenüber erweisen werden.

Andererseits ist es leider auch wahr, daß an manchen Orten, wie beispielsweise in Berlin in drei Wahlkreisen, die Socialdemokraten bei der Entscheidung bedeutend ins Gewicht fallen. Denn es zeugt von ungewöhnlicher Verblendung oder absichtlicher Selbsttäuschung, wenn die Fortschrittler der Meinung Ausdruck geben, daß sie vielfach nur in Folge der Lässigkeit ihrer Parteigenossen nicht beim ersten Anlauf gesiegt haben. Es ist wirklich in der fortschrittlichen Agitation bis zum letzten Augenblick das Menschenmögliche geleistet worden. Aber vielfach ist die Agitation der Fortschrittler den Socialdemokraten zu Gute gekommen, wie denn in der Derbheit der Sprache und der Heftigkeit der Bekämpfung der Regierungsmaßnahmen die Fortschrittler hinter den Socialdemokraten keineswegs zurückbleiben.

Wir wissen, daß ein großer Theil der Fortschrittler, so verdeßerlich ist, daß viele von ihnen schlechthin unglücklich sind jeder besseren Ueberzeugung. Aber wir fürchten das Urtheil von Allen. Sollte nicht einigen von ihnen nach den letzten Wahlen klar geworden sein, da sie mehr und mehr den Boden im Volke verlieren, daß die Wahrheit sich mehr und mehr Bahn bricht, der Radicalismus sei die größte Gefahr für den Staat und das aufstrebende Reich? Wir meinen, sie müßten auch zur Erkenntniß gelangen, daß sie der Socialdemokratie mit ihrer Verharrungspolitik immer mehr die Wege ebnen, und die furchtbare Gefahr der socialdemokratischen Umsturzbestrebungen gegenüber Ordnung und Gesetz muß doch schließlich auch dem enragirtesten Fortschrittler zum Bewußtsein gekommen sein. Es handelt sich um nicht mehr oder weniger, als um die Existenz von Staat und Gesellschaft, und es ist als ein Glück anzusehen, daß die große Masse der Wähler sich darüber klar ist und vom Fortschritt abwendet.

Die Regierung will keine Reaction. Aber die Fortschrittler sollten doch einsehen, daß sie selbst und nur sie allein die Regierung zum Rückschritt treiben, ja zur Reaction zwingen, wenn sich für den ruhigen Weg der Mittelparteien keine Möglichkeit bietet. Wenn der Fortschritt in seinen radicalen Forderungen verbleibt und so mit den Socialdemokraten geht, muß er wie diese und mit diesen bekämpft werden.

Wie gesagt, wir hoffen noch immer, daß die Einsicht auch bei den Fortschrittlern die Oberhand gewinne. Besonders die Secessionisten dürften einsehen, daß die Verbrüderung mit dem Fortschritt ein schwerer Fehler gewesen ist. Gar mancher von ihnen beugt sich schweren Herzens unter das Joch des Parteityrannen Eugen Richter, und nicht wenige sind von der absoluten Nothwendigkeit des Socialistengesetzes ebenso durchdrungen, wie die gemäßigt liberalen und conservativen Parteien.

Positive, bestimmte, klar vorgezeichnete Aufgaben stehen dem Reichstage bevor, Arbeiten, an denen die ganze Nation das wärmste Interesse hat, deren Fortgang sie mit ihrem Herzen verfolgt. Sollten denn die „Freisinnigen", um nur Eines anzuführen, den Zwiespalt, in dem sie sich in der Beurtheilung der Dampfersubventionsvorlage mit der ganzen deutschen Nation befinden, nicht wahrgenommen, sollten sie daraus keine Lehre ziehen können, sollten sie nicht zu erkennen vermögen, welchen schlimmen politischen Fehler sie sich haben zu Schulden kommen lassen?

Die große Krankheit, an der unsere Zustände leiden, ist die furchtbare Zerklüftung in Parteien. Nicht, ob irgend ein Gesetz, ein Vorschlag, der von der Regierung ausgeht, an sich gut ist, dem Lande und Volke zum Segen gereicht, wird zunächst gefragt, sondern wie verhält sich die Vorlage zu dem „Programm" der Partei. Mag das Gemeinwohl verfallen, mag der Staat in Stücke gehen, wenn nur die Partei bleibt, wenn nur deren Idealen nichts vergeben ist, wenn nur die Ehre des „Führers" gerettet ist, wenn nur die Parteidisciplin sich wohl bewährt hat. Und was sehen wir? Am herrlichsten „disciplinirt" sind die Parteien, welche am wenigsten als deutschnationale anzuerkennen sind, die strammste Unterordnung unter die „Parole" der Führer finden wir bei den internationalen Socialdemokraten und bei den Ultramontanen; jenen wie diesen steht nicht das Reich und dessen Wohlfahrt in erster Linie, diese wie jene empfangen ihre Befehle von jenseit der Berge oder von jenseit der Meere!

Dieser so beklagenswerthen Parteidisciplin, welche die Ehre der Partei über das Wohl des Vaterlandes setzt, erfreuen sich demnächst in möglichster Vollkommenheit die Fortschrittler oder „Freisinnigen". Sie müssen aufhören zu denken, zu erwägen, zu berücksichtigen, wo Er, wo Eugen Richter befohlen hat. Und das ist unser Unglück. Soll es anders werden, so muß sich eine Reihe der Männer, welche — sicher nur widerwillig — unter dieser Tyrannei seufzen, von dem Joche frei machen. Nicht für den Namen, für die Sache allein ist zu kämpfen. Dann wird sich leicht und schließlich von selbst die naturgemäße Annäherung unter Denen vollziehen, welche nichts weiter sein wollen als gute Bürger, welche nichts weiter anstreben als das Gedeihen und die Wohlfahrt des Vaterlandes.

Wir stehen vor den Stichwahlen, und die Liebe zum gemeinsamen Vaterlande führt uns die Feder. Vergessen wir soviel als möglich den Parteihader, sehen wir auf den gemeinsamen Feind und stellen wir uns jetzt wenigstens geschlossen und vereint den Socialdemokraten und Ultramontanen entgegen. Das Verhalten der Wähler wird günstig einwirken auf die Gewählten, und die Mandatare des Volkes werden in den gesetzgebenden Körper einziehen, nicht mit Haß gegen einander erfüllt, nicht als gehorsame Puppen in der Hand eines Parteilibreros, sondern als Männer, welche erfüllt sind von dem ernstlichen Streben, die Regierung bei den schweren Aufgaben, welche in Aussicht genommen sind, zu unterstützen, welche es sich angelegen sein lassen, mit ganzer Kraft das Wohl der ganzen Nation zu fördern, ohne darnach zu fragen, ob das richtiger liberal oder conservativ genannt werden muß.

Leipzig, 1. November 1884.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: „In „deutschfreisinnigen" Kreisen wird es als eine besonders bemerkenswerthe Thatsache bezeichnet, daß der Reichskanzler und sein Sohn sich an der letzten Reichstagswahl betheiligt haben. Als am Dienstag Abend Herr Hermes vor einer Versammlung der „deutschfreisinnigen" Wähler den Sieg Herrn Ludwig Löwe's proclamirte, hat er, wie die fortschrittliche Presse berichtet, ausdrücklich hervorgehoben, „selbst der Reichskanzler habe mit seinem Sohne von seinem Wahlrecht Gebrauch gemacht". Wir können nichts Außergewöhnliches in dieser Mittheilung finden. Fürst Bismarck ist, so oft er an Wahltagen in Berlin anwesend war, ohne Rücksicht auf die Last seiner Geschäfte an der Wahlurne erschienen, um seinen staatsbürgerlichen Pflichten gerecht zu werden, und ein Gleiches gilt von seinem Sohn. Es wäre nur zu wünschen, daß seitens aller reichstreuen Wähler diesem Beispiel Folge geleistet würde."

* Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt zur Parteilage:

Die „Frankfurter Zeitung" hat es sich neuerdings zur Aufgabe gemacht, den Nationalliberalismus zu einer antisemitischen Partei zu stempeln. Sie glaubt, aus dem Wahlkampfe Beweise für ihre Behauptung beibringen zu können. Die Thatsachen indeß, welche sie anführt — ein paar Preßstimmen aus einigen hessischen Wahlkreisen — kommen lediglich darauf hinaus, daß an den betreffenden Orten die Juden so zu sagen in corpore der nationalliberalen Candidatur sich entgegengestellt haben; von dem Nachweise eines antisemitischen Vorgehens der Nationalliberalen vermissen wir jede Spur. Auch daß ein in Brachial erschienenes Blättchen Herrn Sonnemann mit einem Artikel „Der Löb kommt" begrüßt hat, wird außerdem der Redaction der „Frankfurter Zeitung" schwerlich als durchschlagender Beweis betrachten werden, „daß der Nationalliberalismus der Sächerei und Kapoteln mit Erfolg obliegt". Und wenn die „Frankfurter Zeitung" fragt: „Ist es nicht wahr, daß Herr Kiefer sich der Secession nicht angeschlossen hat, weil zu viel Juden dabei waren?" — so kann man ihr gelassen darauf erwidern, daß dies allerdings nicht wahr ist. Herr Kiefer hat sich der Secession nicht angeschlossen, weil er sie für einen großen Fehler hielt; mit den Juden, welche an der Secession betheiligt waren, hat derselbe jederzeit auf dem besten Fuße gestanden. Da das Blatt des Herrn Sonnemann Anderes zur Erörterung seiner Behauptung nicht beibringen kann, so liegt klar genug auf der Hand, daß es ihm lediglich auf ein Frankfurter Wahlmanöver angekommen ist. Von uns würde es abgeschmackt sein, wollten wir erst ausdrücklich versichern, daß die nationalliberale Partei eine Beeinträchtigung der Gleichberechtigung der Juden niemals gewollt hat und niemals wollen kann. Unsererseits aber müssen wir auf die im gegenwärtigen Wahlkampfe an den verschiedensten Stellen hervorgetretene Erscheinung aufmerksam machen, daß die Juden in demonstrativer Weise gegen den Nationalliberalismus Partei ergriffen, daß sie in bisher ganz nationalliberalen Wahlkreisen radicale Gegencandidaturen geradezu künstlich geschaffen und mit einer ebenso energischen wie wenig scrupulösen Agitation zum Siege zu bringen gesucht haben. Auf diese Weise ist in Gegenden, in denen der bisherisch überkommene Gegensatz zwischen den Juden und der übrigen Bevölkerung mehr und mehr verwischt war, geradezu gewaltsam die „Judenfrage" hineingetragen worden. Ob dies von den Juden sehr weise gehandelt war, darüber werden dieselben noch oft genug Veranlassung haben, ein wenig nachzudenken.

(In Sachsen sind derartige Erscheinungen erfreulicherweise nicht hervorgetreten. Die Redaction des „Leipziger Tageblattes".)

* Wie der Aufenthalt, welchen Anfangs September das Panzergeschwader bei der Umschiffung von Jütland erfuhr, die militairischen Vortheile einer kurzen Schifffahrtslinie zwischen Kiel und Wilhelmshaven ins richtige Licht stellt, so illustriren die Unfälle des „Gneisenau" und der „Arkona" die Bedeutung des Nord-Ostseecanals für die Sicherheit des Verkehrs zwischen den beiden Reichskriegshäfen. Nachdem inzwischen Herr Dahlström gegen die Zusicherung eines Kaufpreises von 30,000 ℳ für den Fall der Erbauung des Canals sich damit einverstanden erklärt hatte, daß die von ihm vorgelegten generellen Vorarbeiten zur Unterlage für eine entsprechende Creditforderung gemacht werden und damit das allein noch fehlende Material für die Begründung der letzteren nunmehr beschafft ist, darf der baldigen Vorlegung des Planes an die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs entgegen gesehen werden.

* Sicherem Vernehmen nach wird jetzt von der kaiserlichen Admiralität der Bau eines größeren Transportdampfers zur Ablösung von Mannschaften und Ergänzung von Munition und Utensilien auf im Auslande stationirten Schiffen der Marine beantragt. So lange die ostasiatische Station die einzige war, auf welche Deutsche Kriegsschiffe geschickt wurden, stellte sich die Beförderung des Ablösungscommandos auf Privatdampfern bedeutend billiger; nachdem jedoch ebenfalls eine Flottenstation in der Südsee geschaffen ist und die Westküste von Afrika nunmehr auch dauernd eine Station bilden wird, ist der Bau eines eigenen Transportdampfers für diese Zwecke vom ökonomischen Standpuncte aus durchaus geboten.

* Nur noch wenige Tage, und die westafrikanische Conferenz wird ihre Berathungen eröffnen. Die fremden Diplomaten, welche außer den hierselbst beglaubigten ständigen Vertretern ihrer resp. Regierungen zur Theilnahme an dem Conferenzwerke berufen worden sind, haben ihre Reisedispositionen der Art geordnet, um in den ersten Tagen des nächsten Monats in Berlin einzutreffen. Das Arbeitsfeld der Conferenz ist nur in seinen allgemeinsten Umrissen abgegrenzt, aber immerhin ein so reichhaltiges, um, auch wenn die Verhandlungen den denkbar glattesten Verlauf nehmen, den Theilnehmern am Berathungswerk genug zu schaffen zu machen. Wenn England in Anlehnung des Conferenzprojectes zuerst eine gewisse Zurückhaltung beobachtete, so ist an Stelle derselben doch gar bald ein desto größeres Empressement getreten, und hat in den letzten Tagen das Londoner Foreign Office eine Geschäftigkeit entwickelt, welche von den dortigen Zeitungen vermuthlich auf das Conto der westafrikanischen Conferenz gesetzt wird. Jedenfalls scheint die bevorstehende diplomatische Action den überseeischen Bestrebungen des englischen Cabinets einen neuen und mächtigen Impuls verliehen zu haben. Es werden Absichten Englands auf das Küstengebiet des Rothen Meeres und in Betreff Südafrikas bekannt, welche wahrnehmen lassen, daß es in jenen Gegenden seine Suprematie so schleunig als möglich vor eventuellen späteren völkerrechtlichen Anfechtungen sicher stellen will. Man könnte darnach fast vermuthen, daß die englische Politik sich von der Berliner Conferenz nicht ein so weitgehendes Entgegenkommen verspricht, als ihre Wünsche sich erstrecken — eine Vermuthung, die zu dem bekanntgegebenen Conferenzprogramm allerdings nur in losem Zusammenhang steht.

* * *

* Die beiden einflußreichsten Staatsmänner der österreichisch-ungarischen Monarchie sind Tisza und Kalnoky; und zwischen beiden sollen in Folge der Ansprache des Kaisers an die Delegationen, für welche Kalnoky die Verantwortlichkeit trägt, Differenzen bestehen? Nein, das geht nicht, das ist inopportun. Schleunigst erhält der „Pester Lloyd" den Auftrag, den Beweis zu liefern, daß keine Differenzen bestehen, daß zwischen der Ansprache des Kaisers einerseits und der ungarischen Thronrede, den zu derselben gegebenen Erklärungen Tisza's und dem Satze der ungarischen Adresse, der von der äußeren Politik handelt, andererseits nicht der geringste Unterschied besteht. Das wird nun folgendermaßen gemacht. Der „Lloyd" hebt folgenden Satz der Ansprache hervor: „Unsere Beziehungen zu allen europäischen Mächten und insbesondere zu unseren Nachbarstaaten sind die freundschaftlichsten." Das steht auch in der ungarischen Thronrede, wie in der ungarischen Adresse, und wenn nicht wörtlich, so ist es doch implicite darin; und wer wollte sich nicht freuen, daß „unsere Beziehungen zu den Nachbarstaaten", also zu Deutschland, Rußland, Serbien, Rumänien und Italien, freundschaftlich sind? Daß in dem folgenden Passus der Ansprache der Kaiser die freundschaftlichsten Gefühle für das russische Kaiserhaus ausdrückt, die ungarische Thronrede aber wie die Adresse Rußland mit Stillschweigen übergeht; daß Tisza von dem „Bündniß zu Zweien", der Kaiser aber „von der vollen Uebereinstimmung der drei Monarchen spricht, das sind ja nur scheinbare Widersprüche. Denn, so deducirt der „Lloyd", Tisza wollte nichts, als etwaige Besorgnisse wegen der Beständigkeit des Friedens beruhigen, der Kaiser will ja auch das Vertrauen zum Frieden stärken; wie können sie da sich in Widersprüche verwickeln? Mehr Schwierigkeiten machte es dem „Lloyd", die Behauptung Tisza's, in Skiernievice seien keine neuen schriftlichen Vereinbarungen getroffen, mit dem Satze in Einklang zu bringen, in welchem der Kaiser, nachdem er der Erneuerung seiner herzlichen Beziehungen zum russischen Kaiserhause gedacht hatte, versichert, daß die Friedensbürgschaft dafür auf der Wahrung der Verträge. Bei diesen Verträgen kann doch Niemand an andere Verträge denken, als diejenigen, welche zwischen den drei Monarchen bestehen. Aber kaf entgegnet der „Pester Lloyd": Jenes Document, von dem der Kaiser gesprochen hat, ist der Berliner Vertrag vom Jahre 1878. Wenn die Einmüthigkeit Oesterreichs mit Rußland nur auf diesem Vertrage beruht, dann müßte ja zwischen Oesterreich und England z. B. ebenso viel Einmüthigkeit herrschen, da dieses den Vertrag mitunterzeichnet hat und den übernommenen Verpflichtungen doch nicht in geringerem Maße nachkommt, wie Rußland. Der „Pester Lloyd" verschließt absichtlich die Augen dagegen, daß der Kaiser Rußland ein viel größeres Vertrauen zugewendet wissen will, als den übrigen Mächten, Deutschland natürlich ausgenommen. Diese Thatsache schaffen aber officiöse Kunststücke nicht aus der Welt. Uebrigens ist mit den Auslassungen des „Pest. Lloyd" die Sache nicht abgethan; die Opposition im ungarischen Abgeordnetenhause wird Herrn von Tisza zu nöthigen wissen, noch einmal auf die Zusammenkunft in Skiernievice zurückzukommen. „Pesti Naplo" giebt schon die Richtung der künftigen Interpellation an, wenn es behauptet, die kaiserlichen Worte bereiten allen Vermuthungen, die selbst nach den Erklärungen Tisza's gehegt werden durften und darauf hinausgingen, daß das Zwei-Kaiser-Bündniß intact bestehe, energisch ein Ende. In der Manifestirung dieser Auffassung wird sich die ungarische Opposition kaum durch das „Journal de St. Pétersbourg" beeren lassen. In dem autokratisch regierten Rußland mag man der Meinung sein, daß fortan Niemand auf den beiden Ufern der Leitha übersehen dürfe, in welcher Weise der Kaiser und seine Regierung die Entrevue von Skiernievice und deren Ergebniß auffaßt; in dem constitutionellen Ungarn wird sich schon Jemand bereit finden, anzufragen, wodurch der verantwortliche Leiter der öffentlichen Angelegenheiten zu einer Auffassung bekehrt ist, die er früher nicht getheilt hat.

* Das ungarische Abgeordnetenhaus hat sich für die Dauer der Delegationssessionen vertagt und wird seine Berathungen erst am 22. November wieder aufnehmen. Bis dahin wird der Finanzausschuß die Vorberathungen über das Budget beendet und der Ausschuß für die Reform des Oberhauses die ihm überwiesene Vorlage berathen haben. Das Oberhaus wird inzwischen noch dem Gesetzentwurf über die Trennung der Jahr-Curial-Würde vom Präsidium des Obersten Gerichtshofes erledigen.

* Die englische Kriegsverwaltung sieht sich genöthigt, das Beispiel des englischen Generalpostmeisters Fawcett, der einer deutschen Firma die Lieferung von Postkarten übergeben hat, nachzuahmen. Es geht dies aus einem Briefe hervor, welchen der Director der Abtheilung des Kriegsministeriums für Contracte, Newson, unterm 27. d. M. auf geschehene Anfrage an die „industrielle Union" in Liverpool gerichtet hat. Das Schreiben constatirt, daß diejenigen Pulversorten, welche neuerdings als die besten für den englischen Militairdienst angenommen wurden, deutschen Ursprungs sind. Die Zusammensetzung der allerneuesten dieser Pulversorten ist Geheimniß. Deutschen Fabrikanten ist jetzt gestattet, mit Engländern auch für solches Pulver, dessen Zusammensetzung bekannt ist, in Wettbewerb zu treten; aus erklärlichen Gründen aber, heißt es in dem Schreiben, wird englischen Fabrikanten der Vorzug gegeben, sobald sie die geforderte Quantität liefern. Die englische Kriegsverwaltung steht im Begriff, Aufträge für das oben erwähnte Pulver, dessen Zusammensetzung Geheimniß ist, im Auslande, d. h. also in Deutschland zu geben.

SLUB
Wir führen Wissen.